

Die ärmsten Menschen in der Welt werden in unfairer Weise unter Druck gesetzt, damit sie neue Bedingungen für den Handel mit der Europäischen Union akzeptieren. Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament vertritt eine klare Haltung: Werden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht als echtes Entwicklungsinstrument genutzt, finden sie nicht unsere Zustimmung.

Gespräche über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) werden seit 2002 zwischen der EU und 78 Entwicklungsländern in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) geführt.

Die Europäische Kommission hat versprochen, die nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Armut in den Mittelpunkt der WPA zu stellen.

Kritiker erheben jedoch Vorwürfe gegen die Verhandlungsführer der EU:

- die wirtschaftlichen Vorteile der EU stehen an erster Stelle;
- die AKP-Staaten werden unter Druck gesetzt, um über heikle Themen zu verhandeln: Dienstleistungen, geistiges Eigentum, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerbspolitik und Investitionsschutz;
- die Zusammenarbeit zwischen Ländern in armen Regionen der Welt wird untergraben;
- es wird mit einer aggressiven Verhandlungstaktik gearbeitet.

Viele AKP-Staaten sind besorgt über die Folgen von Abkommen, die sie bereits paraphiert haben oder noch abschließen. Die Sozialdemokratische Fraktion fordert eindringlich, dass die Gespräche wieder zu ihren ursprünglichen, vorrangigen Zielen zurückkehren:

- nachhaltige Entwicklung;
- schrittweise Eingliederung der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft
- regionale Integration;
- Beitrag zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele der UNO.



## FÜNF SOZIALDEMOKRATISCHE GRUNDSÄTZE, UM DIE WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMEN WIEDER AUF DEN WICHTIGEN WEG ZU BRINGEN

### 1. ENTWICKLUNG HAT HÖCHSTE PRIORITÄT

Die WPA müssen den Entwicklungserfordernissen gerecht werden, Handelsvorteile für die AKP-Staaten mit sich bringen und einen Beitrag zum Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele leisten.

Jedes WPA sollte:

- aussagekräftigere Verpflichtungen zur Entwicklungszusammenarbeit enthalten;
- den AKP-Staaten einen breiteren Marktzugang bieten, als ihn die EU im Gegenzug fordert;
- einen Ausgleich für entgangene Zolleinnahmen vorsehen;
- das Recht auf Nahrung und den Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen gewähren.

Den AKP-Staaten muss es freistehen, Klauseln zu Dienstleistungen, geistigem Eigentum, öffentlichem Beschaffungswesen, Wettbewerbspolitik und Investitionen zu billigen oder abzulehnen.

### 2. FÖRDERUNG DER REGIONALEN INTEGRATION

Jedes WPA sollte:

- regional ausgehandelt werden, ohne die regionalen Handelspartner zu spalten
- finanzielle und technische Unterstützung einschließen, regionale Organisationen stärken und den regionalen Handel unterstützen.

### 3. STÄRKUNG DER WIRTSCHAFT IN DEN AKP

Jedes WPA sollte:

- AKP-Staaten den bestmöglichen Zugang zum Markt der EU bieten und den AKP-Staaten einen breiteren Marktzugang einräumen, als ihn die EU im Gegenzug fordert;
- sensible Wirtschaftszweige der AKP schützen;

- die AKP-Staaten bei der Bewältigung des Wandels, einschließlich der Auswirkungen auf sensible oder im Wachstum befindliche Sektoren, unterstützen;
- den Handel zwischen armen Ländern durch einfachere „Ursprungsregeln“ für Erzeugnisse fördern;
- den Aufbau von Handelskapazitäten unterstützen, um wettbewerbsfähige regionale Wirtschaftssysteme zu schaffen;
- den AKP bei der Entwicklung ihrer Verhandlungskapazitäten Hilfestellung bieten;

sofern es sich auf Dienstleistungen erstreckt, strikte Regeln vorsehen, damit wichtige Dienstleistungen allen zu erschwinglichen Preisen offen stehen. *Grundlegende öffentliche Dienstleistungen sollten jedoch nicht in den Verhandlungsrahmen einbezogen werden.*

#### 4. EINLÖSUNG VON FINANZIERUNGSZUSAGEN

- Die Mitgliedstaaten der EU und die Kommission müssen ihre Versprechen einlösen, bis 2010 2 Milliarden Euro jährlich als neue Finanzierung für die Handelshilfe bereitzustellen.
- Der Zugang zur Handelshilfe darf nicht von der Unterzeichnung von WPA abhängen.
- Entwicklungshilfemittel der EU sollten nicht gekürzt werden, um die Handelshilfe zu finanzieren.
- Die AKP-Staaten müssen wissen, wie viel Geld zweckgebunden ist, und wie, wann und wo es ausgegeben wird.

#### 5. DIE UMSETZUNG DER WPA MUSS IN DER VERANTWORTUNG DER AKP LIEGEN

- Die AKP-Staaten müssen genügend Zeit haben, um erfolgreich über eine klare, abgestimmte Agenda zu verhandeln.
- Für jedes WPA sollte es eine Revisionsklausel für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren und eine Einschätzung der Entwicklungsauswirkungen geben.
- Die Parlamente der AKP-Staaten und das Europäische Parlament müssen umfassend einbezogen werden.
- Gewerkschaften, NRO und die Zivilgesellschaft müssen gehört werden.

[www.socialistgroup.eu](http://www.socialistgroup.eu)  
[www.socialistgroup.mobi](http://www.socialistgroup.mobi)

## FÜNF GRUNDSÄTZE FÜR EINEN FAIREN HANDEL MIT ARMEN LÄNDERN

